

**Gemeinsamer Antrag  
im Rat  
der Stadt Krefeld  
-öffentlich-**

**Ratsgruppe DIE LINKE  
SPD-Fraktion  
Bündnis 90/ Die Grünen  
FDP-Fraktion**

**Vorlagennummer**

**3362/22 A**

Krefeld, 15.06.2022

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Beschlussform</b>
Rat	21.06.2022	beschließend

**Verurteilung des Angriffskrieges in der Türkei - Gemeinsamer Antrag der Ratsgruppe DIE LINKE und der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

**Beschlussentwurf**

Der Rat der Stadt Krefeld nimmt die bestehende Partnerschaft mit der Stadt Kayseri zum Anlass für den folgenden Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Krefeld verurteilt jegliche völkerrechtswidrige Kriegshandlung, besonders gegen Zivilisten und Zivilistinnen.
2. Dem folgend verurteilt der Rat der Stadt Krefeld - insbesondere im Hinblick auf die in Krefeld lebenden kurdischen, aber auch regierungskritischen türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger - die Angriffe, die die Türkei seit dem 18.04.2022 auf von Kurdinnen und Kurden bewohnte Gebiete im Nordirak und in Nordsyrien (Rojava) führt, solidarisiert sich mit den Opfern und fordert die türkische Regierung dazu auf, jegliche Angriffe auf den Nordirak und Nordsyrien einzustellen.
3. Der Rat der Stadt Krefeld bezieht sich auf die Schlussfolgerungen der Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vom 17.05.2022 "Völkerrechtliche Implikationen der türkischen Militäroffensive „Claw-Lock“ gegen kurdische PKK-Stellungen im Nordirak"

## **Begründung**

Seit dem 18.04.2022 führt die türkische Armee wieder Angriffe auf von Kurdinnen und Kurden bewohnte Gebiete im Nordirak und in Nordsyrien (Rojava) durch.

Auch in Krefeld leben Menschen kurdischer Herkunft. Viele mussten seit 2018 aus ihrer Heimat in Rojava fliehen, als die türkische Armee und islamistische Milizen mehrmals die kurdischen Kantone Afrin und Kobane überfielen und teilweise besetzten. Unsere neuen oder mehrjährigen kurdischen Mitbürger\*innen und andere Menschen aus den mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten Gebieten verdienen Solidarität und Unterstützung. Sie fürchten wieder um ihre Familien in der bekriegten Heimat, viele mussten bereits um getötete Verwandte trauern.

Auch eine Veröffentlichung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages kommt zu der Einschätzung, dass das „Rechtfertigungsnarrativ der Türkei sich völkerrechtlich als kaum tragfähig“ erweist.

gez. Julia Suermondt  
Ratsgruppe DIE LINKE

gez. Benedikt Winzen  
SPD-Fraktion

gez. Julia Müller, Thorsten Hansen  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. Joachim Heitmann  
FDP-Fraktion

### Anlage(n):

- (1) Ausarbeitung Völkerrechtliche Implikationen der türkischen Militäroffensive "Claw-Lock" gegen kurdische PKK-Stellungen im Nordirak